

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015 | 19

12.06.2015

INHALT

ZUR LAGE **2**

IMPULSPAPIER **4**

SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ
www.spdfraktion-rlp.de



ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

drei Tage gute und intensive Beratungen liegen hinter uns. Wir haben in Berlin mit Vertreterinnen und Vertretern der Bundespolitik über die drängenden politischen Fragen diskutiert. Einen Schwerpunkt der Klausurtagung bildete dabei die Flüchtlingspolitik. In Rheinland-Pfalz werden die Menschen herzlich willkommen geheißen und es wird versucht, ihnen in ihrem Schicksal so gut es geht zu helfen. Für Land, Kommunen und die Menschen vor Ort bedeutet eine große Herausforderung. Das überwältigende ehrenamtliche Engagement macht mich zuversichtlich, dass wir diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung gemeinsam stemmen werden.

Wie wir das Ehrenamt in seinem Engagement stärken, den Kommunen entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung stellen können und wie die Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen zusammenwirken können, haben wir intensiv mit **Thomas Oppermann**, dem Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion, mit **unserer Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles** und mit der SPD-Landesgruppe im Bundestag unter der Leitung unseres Bundestagsabgeordneten **Gustav Herzog** erörtert.

Das Ergebnis unserer intensiven Beratung haben wir Euch im Anhang beigefügt.

In einem detaillierten Papier haben wir sechs Punkte dokumentiert, die die rot-grüne Koalition in Rheinland-Pfalz bereits auf den Weg gebracht hat und solche, die die SPD-Fraktion in den kommenden Wochen und Monaten noch durchsetzen wird.

Der Titel des Papiers bringt die aktuellen Herausforderungen auf den Punkt: **"Willkommenskultur stärken - Menschen in Not helfen - Kommunen stützen"**.

Packen wir es gemeinsam an.

Die Digitalisierung aller Lebensbereiche schreitet rasant voran. Für den ländlichen Raum ist sie eine große Chance. Insbesondere unser innovativer rheinland-pfälzischer Mittelstand und unsere starke Industrie profitieren bereits jetzt davon und wissen die Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Über das Thema Arbeiten 4.0 und Industrie 4.0 haben wir auch im Bundeswirtschaftsministerium und die Auswirkungen auf unsere Wirtschaft diskutiert. Hier wurde deutlich, welche guten Ausgangsvoraussetzungen unser Bundesland schon hat. **Unsere Ministerpräsidentin Malu Dreyer** hat hier die notwendigen

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



Voraussetzungen für die gute wirtschaftliche und soziale Zukunft unseres Landes geschaffen. Das zahlt sich aus.

Auf dem Heimatfest der Landesvertretung und vor allem bei einem gemeinsamen Abend mit unserem Koalitionspartner hatten wir viele gute Begegnungen. Die Stimmung konnte besser nicht sein und es wurde vor allem deutlich, dass die Koalitionsfraktionen mit ihrer Arbeit noch lange nicht zu Ende sind und die rot-grüne Koalition die Zukunftsfragen für unser Land gemeinsam beantworten möchte.

Ich möchte Euch für die intensiven Beratungen danken.

A handwritten signature in black ink, which appears to read 'Alexander Schweitzer'.

Alexander Schweitzer

IMPULSPAPIER

WILLKOMMENSKULTUR STÄRKEN – MENSCHEN IN NOT HELFEN – KOMMUNEN STÜTZEN

Zusammenfassung

Im Vorfeld der Konferenz der SPD-geführten Landesregierung im Juli 2015 unterbreitet die SPD-Landtagsfraktion **sechs konkrete Vorschläge** zur Flüchtlingspolitik in Rheinland-Pfalz: Die bestehende Ehrenamtsplattform „Wir tun was“ und die Initiative „Ich bin dabei“ sollen um ein gezieltes Angebot für ehrenamtliches Engagement im Flüchtlingsbereich erweitert werden. Beim zuständigen Integrationsministerium soll eine Koordinierungs-/Projektstelle vorgesehen werden, die jenen Kommunen zur Seite steht, die überproportional viele Flüchtlinge aufnehmen wollen und können. Das Land soll seine Initiative „Rückkehr“ ausbauen und weitere Mittel zur Verfügung stellen. Das Innenministerium und die rheinland-pfälzische Polizei werden weiterhin verstärkt Gefährdungsanalysen zu einzelnen Flüchtlingsunterkünften erstellen und damit die betroffenen Kommunen unterstützen. Das Land soll mit den regionalen IHKs und HWKs sowie den ehrenamtlichen Strukturen Wege identifizieren, so dass Flüchtlinge schneller und besser in die regionalen Arbeitsmärkte integriert werden können. Land und Kommunen sollen beim Bund intensiv daraufhin wirken, dass Flüchtlinge – ebenso wie Migranten – frühzeitig Deutschkurse besuchen können.

Einführung

Dank des Engagements der Menschen ist Rheinland-Pfalz von einer umfassenden Willkommenskultur geprägt. Bezüglich Aufnahme, Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen ist eine große Akzeptanz zu spüren. Die hohen Zugangszahlen von Flüchtlingen bedeuten aber auch eine Herausforderung für die Kommunen und für die nach Rheinland-Pfalz kommenden Menschen. Die rot-grüne Koalition ist sich der Verantwortung des Landes bei der Aufnahme und Betreuung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern bewusst. Die SPD-Fraktion unterstützt den Maßnahmenplan zur Aufnahme von Flüchtlingen der Landesregierung, der kontinuierlich ergänzt wird. Zentrales ist in den letzten Monaten erreicht bzw. auf den Weg gebracht worden:

- Die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 24 Millionen Euro werden komplett an die Kommunen weitergeleitet.
- Die Erstaufnahmekapazitäten des Landes werden deutlich erweitert. Diese verdoppeln sich von derzeit 2.000 bis zum Ende des Jahres auf mehr als 4.000 Plätze, so dass die Flüchtlinge länger – bis zu max. drei Monaten – in diesen Einrichtungen bleiben können.

- Kombiniert mit der vom Bund angekündigten verkürzten Dauer von Asylverfahren wird dies zu einer deutlichen Entspannung der Situation in den Kommunen führen.
- Darüber hinaus wird die psycho-soziale Betreuung traumatisierter Flüchtlinge mit zwei weiteren Zentren in Mainz und Ludwigshafen ausgebaut.
- Im Sommer startet ein Projekt zur Erhebung von Schul- und Bildungsabschlüssen in der Erstaufnahmeeinrichtung in Trier.
- Ministerpräsidentin Malu Dreyer wird von der SPD-Fraktion bei ihren intensiven Gesprächen zur weiteren strukturellen Entlastung von Land und Kommunen durch den Bund unterstützt. Insbesondere muss der Bund in die Pflicht genommen werden, die Kosten für die Unterbringung der Flüchtlinge zu übernehmen.

Doch es gibt noch einiges zu tun: Ein Asylverfahren ist weiterhin erst nach (durchschnittlich) sieben Monaten abgeschlossen. Dazu die Bertelsmann-Stiftung in ihrer aktuellen Studie „Die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen in Deutschland“: Durchschnittlich 7,1 Monate betrug 2014 die Bearbeitungsdauer von Asylanträgen im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Für Flüchtlinge aus bestimmten Ländern war die Wartezeit sogar deutlich länger: Bei Flüchtlingen aus Afghanistan und Pakistan betrug sie durchschnittlich 16,5 bzw. 17,6 Monate. Die Verfahren müssen, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, beschleunigt werden.

Wie unsicher überhaupt die Planungen sind, zeigt die nun nach oben korrigierte Prognose des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) von geschätzt bis zu 450.000 Flüchtlingen nach Deutschland in diesem Jahr. Zuvor ist man immer von deutlich weniger Menschen ausgegangen: Erst von 200.000, dann von 300.000 Flüchtlingen.

Bürgerinnen und Bürger tragen mit ihrer wertschätzenden Einstellung dazu bei, dass in Rheinland-Pfalz sehr viel für die Flüchtlinge getan wird. Im Vorfeld der Konferenz der Landesregierung im Juli 2015 will die SPD-Landtagsfraktion Denkanstöße geben, wie die Willkommenskultur weiter gestärkt werden kann. Den Menschen in Not soll geholfen und die Kommunen bei der großen Aufgabe unterstützt werden.

I. EHRENAMTSPLATTFORM EINRICHTEN

Der Stand jetzt:

Das ehrenamtliche Engagement der Menschen in Rheinland-Pfalz ist beeindruckend. Viele Initiativen helfen vor Ort die Flüchtlinge aufzunehmen, eine Integrationsperspektive zu schaffen und sie willkommen zu heißen in unserem Land. Diesen Menschen gebührt unser Dank und unsere Unterstützung. Bürgerschaftliches Engagement trägt zu einer schnellen sprachlichen und gesellschaftlichen Integration bei, z.B. durch Sprachpatenschaften für Flüchtlingskinder oder Kinder von Zuwanderern.

Das macht Rheinland-Pfalz bereits:

Beschlossen ist, dass im Rahmen der Projektförderung durch die Landesregierung zusätzlich 200.000 Euro zur Verfügung gestellt werden.

- Ein Teil des Geldes wird für die Errichtung einer Koordinierungsstelle des Landes eingesetzt. Ziel ist, ehrenamtliches Engagement zu koordinieren und die notwendigen Qualifikationen zu vermitteln.
- Der andere Teil wird direkt zur Unterstützung von ehrenamtlichem Engagement vor Ort eingesetzt.

Zudem hat der Beauftragte für das ehrenamtliche Engagement seine Tätigkeit in diesem Bereich verstärkt und vernetzt die kommunalen Ehrenamtsgruppen „Migrationshilfe“ stärker miteinander. So wird ein Erfahrungsaustausch unter Einbindung relevanter Entscheidungsträger initiiert.

Die Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung bei der Staatskanzlei hat ihre Tätigkeit auf den Flüchtlingsbereich ausgeweitet.

Der Beauftragte der Landesregierung für Migration und Integration bietet seine Beratung und Unterstützung für die vielen existierenden und sich gründenden Runden Tische an. Je nach Themenstellung bieten auch die jeweils zuständigen Fachressorts hierzu ihre Mitwirkung an.

Der nächste Schritt:

Die SPD-Fraktion bringt zu den Beratungen der Konferenz der Landesregierung den Vorschlag ein, die bestehenden Ehrenamtsplattformen „Wir tun was“ und „Ich bin dabei“ um ein gezieltes Angebot für das ehrenamtliche Engagement im Flüchtlingsbereich zu ergänzen. Mit einer solchen Ehrenamtsplattform vernetzen sich die unterschiedlichen Initiativen im Land.

Die Landespolitik muss den Dialog intensiviert und Hilfestellungen geben, so dass unbürokratisch kleine Probleme gelöst oder Qualifizierungsangebote für ehrenamtlich Tätige vermittelt werden.

II. KOOPERATIONEN ERMÖGLICHEN

Der Stand jetzt:

In diesem Jahr kommen voraussichtlich 450.000 neue Flüchtlinge nach Deutschland. Etwa fünf Prozent dieser Menschen wird Rheinland-Pfalz aufnehmen. 20.000 bis 25.000 Menschen werden auf die Landkreise und kreisfreien Städte nach einem festen Schlüssel verteilt. Schließlich ist in den Landkreisen entsprechend der Größe der

Verbandsgemeinden festgelegt, welche Kommune mit wie vielen Flüchtlingen rechnen kann.

Das macht Rheinland-Pfalz bereits:

In Deutschland verläuft die Verteilung derzeit zu starr. Stufenweise wird berechnet, welche Zahl an Flüchtlingen auf die einzelnen staatlichen Ebenen verteilt werden soll, entsprechend viele Menschen werden dann in die einzelnen Kommunen geschickt. Ausnahmen von diesem Prinzip sind bisher äußerst selten. Ein positives Beispiel im Landkreis Bad Kreuznach und der Verbandsgemeinde Kirn-Land vor. Dort hat sich die Verbandsgemeinde bereit erklärt, mehr Flüchtlinge aufzunehmen als ihr nach den Verteilungsschlüssel zukommen. Der Landkreis organisiert, dass in Kirn-Land mehr Flüchtlinge leben und andere kreisangehörige Kommunen, in denen zu wenig Wohnraum für Flüchtlinge vorhanden ist, weniger Personen zugeteilt bekommen.

Der nächste Schritt:

Der SPD-Fraktion ist bewusst, dass es äußerst heikel und daher praxisfremd ist, die festgelegten Zuteilungsschlüssel am „grünen Tisch“ zu verändern. Tatsächlich kann aber auf freiwilliger Basis eine neue Verteilung erreicht werden getreu des Mottos: „In Kommunen mit ungenutztem Wohnraum können mehr Flüchtlinge unterkommen, in Städten und Gemeinden mit angespanntem Wohnungsmarkt entsprechend weniger“.

- Beim zuständigen Integrationsministerium sollte daher eine Koordinierungs-/Projektstelle vorgesehen werden. An einen festen Ansprechpartner sollen sich Landkreise, Städte und Gemeinden wenden können, die mehr Flüchtlinge aufnehmen wollen. Die Kontaktperson wird den Kommunen bei rechtlichen und organisatorischen Fragen zur Seite stehen. Der Ansprechpartner hilft, dass Kommunen, die Kapazitäten freihaben, und solche, in denen es an Wohnraum mangelt, zusammenfinden.
- Die angestrebte Stelle kann die Landkreise unterstützen, dass innerhalb ihres Kreisgebietes die Verteilung zwischen einzelnen Gemeinden auf freiwilliger Basis neu justiert wird – losgekoppelt von den vorhandenen Quoten. Zudem kann die sie mitwirken, dass zwischen einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten Absprachen zur kreis- und stadtübergreifenden Zuteilung von Flüchtlingen stattfinden. Wenn der Ansprechpartner etabliert ist, wird so in Rheinland-Pfalz eine – auf freiwilliger Basis konzipierte – Vermittlungsbörse zur Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen eingerichtet sein.
- Bei einer Umverteilung in einen anderen Landkreis muss die Kostenverteilung entsprechend geregelt werden.

Auch private Immobilienbesitzer möchten sich bei der Unterbringung von Flüchtlingen beteiligen. Daher sollte gemeinsam mit den entsprechenden Verbänden, den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften sowie den Kommunalen Spitzenverbänden ein Austausch erfolgen. Auch dies ist eine Form der Unterstützung des Landes für die Kommunen.

III. LANDESINITIATIVE „RÜCKKEHR“ AUSBAUEN

Der Stand jetzt:

Die Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen und Asyl beantragen, durchlaufen ein rechtsstaatliches Verfahren. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge sowie im Zweifelsfall anschließend Verwaltungsgerichte entscheiden, ob die Antrag stellenden Personen Anrecht auf Asyl in Deutschland haben. In vielen Fällen sind die Voraussetzungen nicht erfüllt, eine Rückkehr in die Heimatländer steht daher an. Dazu gibt es zwei Optionen: Die abgelehnten Asylbewerber können freiwillig aus Deutschland ausreisen und in ihre Heimatländer zurückkehren oder die Behörden schieben ab.

Das macht Rheinland-Pfalz bereits:

Rheinland-Pfalz hält sich bei der sogenannten Rückführung an Recht und Gesetz. Es wendet konsequent die Rückführungsrichtlinie der Europäischen Union an. Diese besagt, dass der freiwilligen Rückkehr Vorrang vor einer Abschiebung eingeräumt werden muss. Im Klartext heißt das: Ein abgelehnter Asylbewerber muss Möglichkeit und Mittel erhalten, eigenständig in sein Land zurückzukehren. In vielen Fällen nehmen die Menschen diese Option wahr.

Fakt ist: Im Jahr 2014 stellten insgesamt 10.360 Menschen in Rheinland-Pfalz einen Asylantrag, 8.716 davon waren Erstanträge. Damit sind 84 Prozent aller Asylanträge in Rheinland-Pfalz Erstanträge.

Wenn die Ausreise aus freien Stücken nicht erfolgt, dann organisieren die Ausländerbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte die Abschiebungen. Abschiebungen sind aus Sicht der SPD-Fraktion notwendig, allerdings muss ein Abwägungsprozess erfolgen: Humanitäre Belange müssen beachtet werden – etwa psychische oder physische Erkrankungen von Flüchtlingen oder die Situation vor Ort, zum Beispiel im Irak, in Afghanistan oder in Somalia. Abschiebungen in diese Krisenstaaten können schlichtweg nicht durchgeführt werden. Dies gebieten die für Deutschland verpflichtenden Vorgaben der Vereinten Nationen.

Der nächste Schritt:

Das Land Rheinland-Pfalz unterstützt verstärkt die Ausländerbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte zur Vorbereitung der Ausreise abgelehnter Asylbegehrender. Das

Land baut seine Landesinitiative „Rückkehr“ aus. Dabei werden den Kommunen weitere Mittel zur Verfügung gestellt, um Asylbewerbern ohne Perspektive auf einen dauerhaften Aufenthalt in Deutschland die freiwillige Rückkehr in ihre Heimatländer würdevoll und mit einer Perspektive für ihre Zukunft zu ermöglichen. Das Land hilft organisatorisch und finanziell beispielsweise mit Übersetzungen, bei Transport und Reise sowie bei einer möglichen Existenzgründung im Heimatland.

IV. DER SCHUTZ DER MENSCHEN STEHT IM MITTELPUNKT

Der Stand jetzt:

Rheinland-Pfalz ist ein weltoffenes Land. Anders als in anderen Bundesländern sind hier Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte sehr seltene Ausnahmen. Während es bundesweit im Jahr 149 fremdenfeindlich motivierte Straftaten auf Flüchtlingsunterkünfte gab, wurde in Rheinland-Pfalz lediglich eine vermutlich rechts motivierte Attacke registriert. Dabei handelt es sich um eine Schmiererei an einer Unterkunft nahe Koblenz. Jüngst machte ein Brandanschlag auf ein im Bau befindliche Unterkunft für Flüchtlinge in Limburgerhof Schlagzeilen.

Das macht Rheinland-Pfalz bereits:

Ein guter Schutz von Flüchtlingsunterkünften wird in Rheinland-Pfalz durch Zweierlei gewährleistet: Zum einen berät die Polizei die Kommunen bei der Planung und Einrichtung von Flüchtlingsunterkünften in Sicherheitsfragen. Zum andern ist die Polizei bestens sensibilisiert, schützt die Unterkünfte auf der Grundlage von Gefährdungsbewertungen und zeigt dabei vor Ort eine hohe Präsenz. Damit trägt die Polizei aktiv zum Sicherheitsgefühl der Bevölkerung und zum Schutz der Flüchtlinge bei. Ebenso zeichnet Rheinland-Pfalz eine offene Willkommenskultur aus. Die Hilfe vieler Menschen für Flüchtlinge hat zur Folge, dass potenzielle rechtsextreme Angreifer in der Umgebung von Flüchtlingsunterkünften kein Klima der offensichtlichen oder stillschweigenden Unterstützung erfahren. Angriffe werden dadurch unwahrscheinlicher.

Der nächste Schritt:

Die rheinland-pfälzische Polizei wird weiterhin adäquate Gefährdungsanalysen zu den entstehenden Flüchtlingsunterkünften erstellen und auf der Grundlage ggf. entsprechende Konzepte zum Schutz der Unterkünfte umsetzen. Zudem wird die Polizei die Kommunen bei der Planung und Einrichtung von Unterkünften in Sicherheitsfragen beraten.

Zudem setzt sich die SPD-Fraktion dafür ein, dass rund um Flüchtlingsunterkünfte eine „Kultur des Hinsehens“ gefördert wird. Das Ziel bleibt: Falls Rechtsextreme Unterkünfte auskundschaften, Anschläge planen oder sogar durchführen wollen, muss ihnen bewusst

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



sein, dass sie frühzeitig entdeckt und behindert werden und dass sie die Härte des Rechtsstaats trifft.

V. PERSPEKTIVEN AUF DEN REGIONALEN ARBEITSMÄRKTEN

Der Stand jetzt:

Erfolgreich auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu bestehen, ist für Flüchtlinge und Bleibeberechtigte genauso wichtig wie für Deutsche. Im zunehmenden Wettbewerb um Fachkräfte ist es auch ein großes Anliegen der Betriebe im Land, dass diese Menschen eine Perspektive erhalten. Die Integration in den Arbeitsmarkt ist mit die wesentliche Voraussetzung für einen längerfristigen Aufenthalt in Deutschland.

In den letzten Jahren wurde gerade für Geduldete der Zugang zu Ausbildung und Beschäftigung erleichtert.

Das macht Rheinland-Pfalz bereits:

Die Partner des Ovalen Tisches für Ausbildung und Fachkräftesicherung setzen sich dafür ein, dass Flüchtlinge und Asylbegehrende möglichst frühzeitig in den rheinland-pfälzischen Ausbildungs- beziehungsweise Arbeitsmarkt integriert werden können.

Die Bundesagentur für Arbeit bietet in Ludwigshafen im Rahmen des Modellprojekts „Early Intervention“ Asylbewerberinnen und Asylbewerbern einen schnellen Kompetenzcheck direkt nach der Einreise nach Deutschland an.

Ziel eines neuen Landesprogramms zur frühzeitigen Arbeitsmarktintegration von Asylbegehrenden und Bleibeberechtigten ist ab Juni 2015 eine möglichst schnelle Vermittlung in Arbeit beziehungsweise Nachqualifizierung - jeweils unabhängig vom Aufenthaltsstatus des Flüchtlings. Die Leistungen des Programms umfassen unter anderem Beratung, Vermittlung in Jobs und Sprachförderung. Dazu gehören die Erfassung der Bildungs- und Berufsbiografien bereits in der Erstaufnahmeeinrichtung mit anschließender Vorberatung durch die Bundesagentur für Arbeit und Überweisung an die Jobcenter und Agenturen in den Kommunen.

Das modulare Programm Coach für betriebliche Ausbildung wird derzeit erweitert um ein Coachingangebot für Flüchtlinge. Dieses Modul trägt den Namen "Flüchtlingsnetzwerker". Ziel ist die Begleitung von ausbildungsinteressierten Flüchtlingen in ein duales Ausbildungsverhältnis im Handwerk. Die Handwerksammern sind Träger dieses Projekts. Darüber hinaus verbessert die Landesregierung mit den Partnerinnen und Partnern den Informationsstand über die berufliche Ausbildung und die Möglichkeiten der Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen durch Informationsveranstaltungen für handelnde Akteure – insbesondere von Migrationsberaterinnen und -beratern sowie ehrenamtlichen und kommunalen Betreuern von Flüchtlingen.

Darüber hinaus gibt es Angebote zur Vermittlung von Flüchtlingen als Saisonarbeitskräfte in Landwirtschaft und Weinbau durch die so genannten Maschinenringe im Land.

Auch die vier „Welcome Center“ stehen als Anlaufstellen für ausländische Fachkräfte zur Verfügung.

Der nächste Schritt:

Die SPD-Fraktion schlägt vor, gemeinsam mit den regionalen IHKen und HWKen sowie den ehrenamtlichen Strukturen vor Ort Flüchtlinge schneller und besser in die regionalen Arbeitsmärkte zu integrieren. Hier sind auf Bundesebene dringend entsprechende Erleichterungen vorzunehmen, insbesondere was die Vorrangprüfung angeht.

Die SPD-Fraktion begrüßt das Modellprojekt unter Federführung des Bundesarbeitsministeriums, gemeinsam mit der BA und den Partnern der Caritas, der Diakonie und der ADD, welches am 15.06.2015 an der AfA Trier gestartet wird, um die Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen zu erleichtern und zu beschleunigen.

Bei der Integration junger Frauen und Männer, die als Flüchtlinge nach Rheinland-Pfalz gekommen sind, müssen die Angebote der berufsbildenden Schulen wie Deutsch-Intensivkurse, Erlangung von Schulabschlüssen und Ausbildungsabschlüssen breit unterstützt werden. Mit Hilfe regionaler Kooperationen sollen passgenaue Praktikumsplätze in Ausbildungsbetrieben vermittelt werden. Dazu werden Profile der einzelnen Schüler erstellt, die ihnen über ein erstes Praktikum eine spätere mögliche Ausbildungsstelle eröffnen sollen.

Wichtig ist: Hier brauchen die betroffenen Menschen und die Betriebe Sicherheit. Notwendig ist ein 3 plus 2 Agreement: also eine staatliche Zusicherung, dass es während der drei Ausbildungsjahre und weiterer zwei Jahre keine Abschiebung für die Personen geben kann. Regelmäßige Runde Tische vor Ort mit Arbeitsagentur, Kommunen, Kammern, Wohlfahrtsverbänden und Hilfsorganisationen können die Entwicklung begleiten.

Wir fordern ein modernes Einwanderungsgesetz, das es ermöglicht einen Statuswechsel vorzunehmen zwischen Asylverfahren und Einwanderungsverfahren. Es macht keinen Sinn, dass wir hier Menschen haben, die nicht arbeiten dürfen, obwohl wir wissen, dass sie gute Qualifikationen haben und dass sie auf Dauer hierbleiben möchten.

Ein modernes Einwanderungsgesetz muss

- die verschiedenen Einwanderungsvorschriften in einem Einwanderungsgesetz bündeln und mit diesem Gesetz ein starkes Signal aussenden, dass Deutschland um die Einwanderung gut ausgebildeter Menschen wirbt,

- ein Einwanderungssystem enthalten, um die Einwanderung aus Drittstaaten langfristig flexibel, nachfrageorientiert und bedarfsgerecht zu steuern sowie
- die Anerkennung ausländischer Abschlüsse verbessern und beschleunigen.

Für die SPD-Fraktion ist klar, dass hier kein Widerspruch zu einem menschenfreundlichen Umgang mit Asylsuchenden und Flüchtlingen aufgebaut wird, der sich aus unserer humanitären Pflicht und dem Anspruch auf Asyl ergibt.

VI. SPRACHKURSE IN ALLEN FORMEN

Der Stand jetzt:

Mit den steigenden Flüchtlingszahlen und der stärkeren Zuwanderung von jüngeren Familien aus EU-Staaten gewinnt die Sprachförderung immer größere Bedeutung. Sprache ist zentral für die Integration der Menschen in unserem Land. Die SPD-geführte Koalition hat darauf schnell reagiert und die Angebote für die unterschiedlichen Personengruppen erhöht. Flüchtlinge nehmen unmittelbar nach ihrer Ankunft in Rheinland-Pfalz an Sprach- und Orientierungskursen teil. Schon in den Erstaufnahmeeinrichtungen gibt es ein entsprechendes Angebot.

Das macht Rheinland-Pfalz bereits:

Bei den Sprach- und Orientierungskursen wurde beschlossen, diese für Flüchtlinge aufzustocken. Die Zahl steigt von 42 Kursen in 2014 auf 82 Kurse im laufenden Jahr.

Seit dem 1. Januar 2015 hat die landesweite Koordinierungsstelle für Sprachförderung ihre Arbeit aufgenommen. Die Koordinierungsstelle ist die zentrale Ansprechpartnerin für alle Fragen in Bezug auf die Sprach- und Orientierungskurse für Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz. Sie bündelt, systematisiert und koordiniert service- und kundenorientiert die relevanten laufenden Aktivitäten, Anfragen und erforderlichen trägerübergreifenden Unterstützungsleistungen im Hinblick auf die Sprach- und Orientierungskurse für Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz.

Der 10-Punkte-Plan „Sprachförderung in Schulen“ des Bildungsministeriums umfasst für 2015 folgende Eckdaten:

- Im laufenden Schuljahr erfolgte eine Aufstockung auf 300 Lehrerstellen für Deutsch-Intensivkurse.
- Die Mittel für die Deutsch-Intensivkurse werden um 1 Million Euro auf 2,6 Millionen Euro erhöht. Aktuell wurden 151 Deutsch-Intensivkurse eingerichtet.
- Zudem werden die Feriensprachkurse und Hausaufgabenhilfen weiter ausgebaut. Die Fördermittel hierfür werden um 50.000 Euro aufgestockt.

- Die Schulaufsicht in der ADD initiiert in allen Schulaufsichtsbezirken, in denen Bedarf besteht, die Einrichtung von Runden Tischen. Aktuell wurden über 30 Runde Tische eingerichtet.

Für Kinder mit besonderem Sprachförderbedarf und für Übergangsmaßnahmen für den Wechsel von der Kita in die Grundschule stellt die Landesregierung im Jahr 2015 insgesamt 6,2 Millionen Euro bereit. Die Basis- und Intensivförderungen im Umfang von 100 bzw. 200 Stunden pro Jahr und Kita werden durch Sprachförderkräfte angeboten.

Bei der zweiten Sitzung des Pakts für Rheinland-Pfalz in 2015 haben sich alle Partnerinnen und Partner zufrieden über die Ausstattung der Sprachförderung in diesen Bereichen gezeigt.

Der nächste Schritt:

Die SPD-Fraktion unterstützt die Integrationsministerkonferenz in ihrer Forderung, Sprachkurse für Flüchtlinge einzurichten, wie sie für andere Migranten existieren. Das Bundesinnenministerium hat dies bisher jedoch immer wieder abgelehnt. Die rot-grüne Landesregierung hat diese Lücke daher – neben vier weiteren Ländern – inzwischen mit eigenen Mitteln geschlossen. Es ist aber dauerhaft nicht haltbar, dass sich der Bund hier aus der Verantwortung stiehlt.

Gemeinsam mit den Kommunen und den Partnern sollte über eine Stärkung des Angebots für erwachsene Flüchtlinge beraten werden. Denn für junge Flüchtlinge in Rheinland-Pfalz gilt bereits: Kein Junge und kein Mädchen bleibt ohne Sprachkurs – sei es in der Kita, in der Schule oder der Erstaufnahmeeinrichtung.